

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Automobilpreise - Ost-West - Polen - Welttextilabkommen**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Automobilpreise - Ost-West - Polen - Welttextilabkommen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135635>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Arbeitsmarkt

### Momentaufnahme

---

Mit der Prognose der Bundesanstalt für Arbeit, am Jahresanfang 1982 könnte die Arbeitslosenzahl in die Nähe von 2 Millionen rücken, hat sich die Diskussion um ein Beschäftigungsprogramm neu belebt. Daß die 2-Millionen-Marke in diesem Winter erreicht wird, ist nicht ganz auszuschließen. Wahrscheinlicher ist aber unter der Annahme von annähernd stagnierender Produktion und von überdurchschnittlich kalter Witterung die Größenordnung von 1,9 Millionen. Genauere Arbeitsmarktprognosen für einzelne Monate sind bisher nicht möglich, vor allem wegen großer Lücken im Datenmaterial und wegen der schwer vorhersehbaren Witterungseinflüsse.

Die Angabe einer Obergrenze für die Arbeitslosigkeit am Jahresbeginn bietet ohnehin nicht mehr als eine Momentaufnahme vom Arbeitsmarkt, und zwar zu demjenigen Zeitpunkt im Jahr, in dem die Arbeitslosigkeit regelmäßig ihren Höchststand erreicht. Eine solche Monatszahl ist als Orientierungspunkt für wirtschaftspolitische Maßnahmen völlig ungeeignet.

Beim Blick auf einen längeren Zeitraum wird deutlicher, wie weit das Beschäftigungsziel verfehlt wird. 1981 war die Arbeitslosenzahl mit 1,27 Mill. um fast 400 000 höher als 1980, und in diesem Jahr wird sie voraussichtlich bei nur allmählicher Erholung der Produktion nochmals etwa im gleichen Ausmaß zunehmen. Ein großer Teil des Anstiegs ist demographisch bedingt, weitere Ursachen sind Anpassungsschwierigkeiten bei Strukturänderungen und Verzerrungen in der Einkommensverteilung. Gegen all dies wären kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme unwirksam oder sogar schädlich. Für einen dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit sind vielmehr koordinierte Anstrengungen von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen nötig. sp

---

## Automobilpreise

### Bumerang

---

Die Automobilpreise sind wieder in Bewegung geraten. Den Anfang machte das Volkswagenwerk bereits Mitte Dezember mit einer durchschnittlichen Preiserhöhung

um 2,3 %. Es folgten Ford mit 1,9 %, Opel mit 2,5 %, Daimler-Benz mit 2,7 % und schließlich BMW mit 2,6 %. Begründet werden die Anhebungen vor allem mit der staatlich verordneten Stahlpreisexplosion. Dabei wird aber wohlweislich verschwiegen, daß die Einstandspreise für Stahl über Jahre hinweg deutlich unter dem Weltmarktniveau gelegen haben, ohne daß dies dem Autofahrer zugute gekommen wäre. Somit wäre es auch nicht verwunderlich, wenn die bevorstehende Lohntarifrunde als Begründung für weitere Aufschläge erhalten müßte.

Dabei hatte es im vergangenen Jahr zunächst so ausgesehen, als gehörten die konzertierten und einseitig an der Kostenentwicklung ausgerichteten Preiserhöhungsrunden der Vergangenheit an. Seinerzeit sahen sich Ford und Opel unter dem Eindruck einer verschärften japanischen Konkurrenz und einer schwachen allgemeinen Automobilkonjunktur gezwungen, erhebliche Preisnachlässe zu gewähren und substantielle Ausstattungsverbesserungen ohne Preisaufschlag anzubieten, während BMW es sich leisten konnte, seinen Kunden höhere Preise abzuverlangen. Inzwischen ist der Wettbewerbsdruck aus Japan infolge einer starken Yen-Aufwertung und handelspolitischer Abwehrmaßnahmen schwächer geworden. Es wäre jedoch kurzfristig, die Frage der japanischen Konkurrenz als erledigt zu betrachten. Auch wird der zu erwartende Rückgang der verfügbaren Realeinkommen nicht ohne Auswirkungen auf die Automobilnachfrage bleiben. Die Preispolitik der deutschen Automobilhersteller könnte sich daher als Bumerang erweisen. gk

---

## Ost-West

### US-Strafaktion

---

Wie auf der EG-Außenministertagung Anfang Januar klar zum Ausdruck kam, werden die europäischen Staaten die Reaganschen Sanktionen gegen die Sowjetunion und Polen nicht übernehmen. Dies war auch nicht anders zu erwarten gewesen. Während nämlich die USA wohlweislich ihr wichtigstes Exportprodukt in die UdSSR, Getreide, von den Sanktionen ausgenommen haben, hätten die europäischen Handelspartner der Sowjetunion Lieferstopps in ihren Hauptausfuhrbereichen Eisen und Stahl sowie Maschinen verkraften müssen. Hätte sich Europa dem 7-Punkte-Programm der US-Regierung angeschlossen, wäre mit großer Wahr-

scheinlichkeit auch der bereits unterzeichnete Vertrag über das Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR hinfällig geworden, da dieser nur einen Teil des gegenwärtig noch in Verhandlung befindlichen Gesamtvertragswerkes zwischen mehreren europäischen Staaten und der Sowjetunion darstellt. Damit wäre ein für beide Seiten wirtschaftlich vorteilhafter Vertrag gescheitert. Auch die Diskussion in Italien über einen Abbruch der Verhandlungen über die italienische Beteiligung am Erdgas-Röhren-Geschäft dürfte rasch verstummen, da kaum die Bereitschaft besteht, die in Aussicht gestellten Aufträge über den Bau von Pumpstationen und die Lieferung von Röhren im Wert von insgesamt 900 Mill. US-\$ widerstandslos an die Konkurrenz abzutreten.

Die USA stehen mit ihrer Strafaktion also allein. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben stets gezeigt, daß Einzelaktionen dieser Art ökonomisch wirkungslos bleiben. Zwar haben die EG-Staaten zugesichert, die amerikanischen Sanktionen nicht zu unterlaufen. Was aber heißt das in der Praxis? Auch das amerikanische Getreideembargo von 1980 hatte von europäischer Seite nicht „unterlaufen“ werden sollen. Dennoch waren die EG-Weizenlieferungen in die UdSSR 1980 gegenüber dem Vorjahr von 5000 t auf 576 000 t gestiegen. pp

---

## Polen

### Preisreform

---

Polens erste Schritte zu einer Preisreform Anfang des neuen Jahres sind kein Ergebnis des Kriegszustandes, sondern waren bereits seit längerem für diesen Zeitpunkt geplant. Zunächst beschränkt sich die Preisreform auf drei Elemente: Abwertung des Zloty und damit Verdoppelung der Inlandspreise importierter Produkte, drastische Erhöhung der Rohstoffpreise und begrenzte Freigabe der Preisbildung. Letztere umfaßt lediglich Halbprodukte, Kooperationselemente und industrielle Verbrauchsgüter – und das auch nur in einem engen Rahmen. Weiterhin zentral festgelegt werden die Preise für Rohstoffe und Rohmaterial, wichtige Investitionsgüter und für die wichtigsten Lebensmittel.

Ein zusätzlicher inflationärer Schub ist kaum zu erwarten. Die bereits bestehende zurückgestaute Inflation wird lediglich in eine offene umgewandelt. Dagegen ist aufgrund der Preisreformmaßnahmen durchaus mit verschiedenen positiven Effekten zu rechnen: Erstens wird der Staatshaushalt von Preissubventionen generell entlastet. Zweitens können die von der Preisfreigabe betroffenen Betriebe höhere Absatzpreise kalkulie-

ren und damit ihre Investitionsmöglichkeiten verbessern. Hier wären dann mittelfristig positive Angebotseffekte zu erwarten. Drittens werden möglicherweise in den Bereichen, in denen die Preise nicht freigegeben wurden, Einsparungen bei den in den letzten Monaten sehr knapp gewordenen Rohstoffen erzielt. Sollte es schließlich zutreffen, daß viele Betriebe in Erwartung der Preisreform in den letzten Monaten ihre Produkte auf Lager genommen haben, statt sie dem Handel zuzuführen, so könnte sogar eine kurzfristige Verbesserung in der Versorgung der Bevölkerung eintreten. gab

---

## Welttextilabkommen

### Blamables Ergebnis

---

Aus den Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen für den Welttextilhandel ist die EG als klarer Sieger hervorgegangen. Die Gemeinschaft hat nun freie Hand, die in diesem Jahr auslaufenden bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen mit 28 Textillieferländern aus der Dritten Welt wesentlich restriktiver zu gestalten. Daneben nehmen sich die Verhandlungserfolge der Entwicklungsländer bescheiden aus. Sie konnten vor allem durchsetzen, daß die künftigen Einfuhrzuwachsrate nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Importe des Jahres 1980, sondern auf der der wesentlich höheren Quoten für 1982 festgesetzt werden.

Auch wenn die Verlängerung des Welttextilabkommens (WTA) zu Recht einem vertragslosen Zustand, der im gegenwärtigen handelspolitischen Klima unvermeidlich in einen Wettlauf nationaler Protektionismen einmünden müßte, vorgezogen wird, so kann das Verhandlungsergebnis doch nur als blamabel für die Industrieländer bezeichnet werden. Der drastische Beschäftigungsrückgang, den diese im vergangenen Jahrzehnt erfahren haben, ist nachweislich nur zum geringeren Teil auf Niedrigpreiseinfuhren aus Entwicklungsländern zurückzuführen. Außerdem wird die Atempause, die den westlichen Ländern für Anpassungsmaßnahmen eingeräumt worden ist, im Jahre 1986, wenn das neue Abkommen ausläuft, länger als zwölf Jahre gedauert haben. Dennoch werden weiterhin, insbesondere in Belgien, Frankreich und Italien, massive Subventionen zur Erhaltung unrentabler Betriebe gezahlt. Es wäre schön, wenn die Expertengruppe, die das WTA erstmals zur Überprüfung der Umstrukturierung in der europäischen und amerikanischen Textil- und Bekleidungsindustrie vorsieht, diesen Zuständen ein Ende bereiten könnte. Doch lassen die bisherigen Erfahrungen eher Skepsis geboten erscheinen. ko